

Verkehrungen der Gemeinde anlässlich des Schneefalles. Nach dem Sonntag um 2 Uhr nachmittag einsetzenden Schneefall führen um 3 Uhr 50 Min. sämtliche motorische Schneepflüge und eine Stunde später die Pferdeschneepflüge der Strassenbahn zur Freimachung der Strecken aus. Motorische als auch pferdekräftliche waren bis heute 7 Uhr früh ununterbrochen im Betrieb. Ausgefahren sind 55 Triebwagen mit 110 Anhängerpflügen, 20 Triebwagen mit 20 Schiebepflügen, 45 Triebwagen mit Schneepflügen und eine Schneekehr. Insgesamt waren 122 motorische Schneereinigungsmittel, 31 Pferdeschneepflüge und 80 mit Schienenkratzern ausgerüstete Triebwagen in Betrieb. Sonntag wurde der Verkehr der Strassenbahn bis zum Betriebsschluss aufrecht erhalten. Verspätungen von fahrplanmässigen Zügen kamen auf einzelnen Linien bis zu ungefähr 30 Minuten vor, die zum Teil durch die Schneepflüge verursacht wurden. Die meisten Verspätungen hatten die letzten Züge bei Betriebsschluss. Heute Früh vollzog sich der Wagensauslauf normal, die ersten Wagen langten in ihren Bahnhöfen mit Verspätungen bis zu 7 Minuten ein. Sonntag wurden zur Schneereinigung 650, heute bis 8 Uhr früh 5100 betriebsfähige Schneearbeiter, mit den eigenen zusammen 6000 Arbeiter, verwendet.

Bei der Strassenreinigung waren 204 Schneepflüge mit 261 Pferdeparsen, 1980 Mann der ständigen Strassenarbeiter und 1185 Schneearbeiter in Verwendung.

Der Schneefall dauerte bis Montag 4 Uhr früh, die Schneedecke erreichte im Stadtgebiet 21 cm und in den Ausserbezirken 35 cm Höhe.

Geldene Hochzeit. Samstag überreichte StR. Speis in Vertretung des Bürgermeisters dem goldenen Hochzeitspaar Josef und Elisabeth Friedl, Wien die Ehrengabe der Gemeinde Wien und überbrachte dem Hochzeitspaar Sigmund und Minna Spitzer die Glückwünsche der Gemeinde zur goldenen Hochzeit.

Titelverleihung. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung dem Bauinspektor Ingenieur Anton Franz anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit im Dienste der Gemeinde den Titel städtischer Baurat verliehen.

Die neuen Strassenbahntarife. Mittwoch treten die neuen Strassenbahntarife in Kraft. Die Vorverkaufsfahrscheine zum neuen Tarif werden bereits an allen Vorverkaufsstellen abgegeben. Fahrscheine zu Schüleranweisungszwecken sind nur im Vorverkauf erhältlich. Unbenützte Vorverkaufsfahrscheine mit der Gültigkeitsbezeichnung I & 2. und 3. Monat werden bis 17. Februar zurückgekauft oder umgetauscht. Die Monats- und Halbjahresnetzkarten sowie die Streckenkarten sind nach dem 17. Jänner nur mit Zusatzwertmarken gültig. Diese werden in den Direktionsgebäuden der Strassenbahn in der Favoritenstrasse und in der Rahlgasse und in den Strassenbahnhöfen und an allen übrigen Kartenververkaufsstellen ausgegeben. Sie kosten für die Halbjahresnetzkarten vom 2. Oktober 1921 bis 1. April 1922 7010 K, für Halbjahresnetzkarten vom 2. Jänner 1922 bis 1. Juli 1922 15.510 K, für die Monatsnetzkarten 1450 K, für die Streckenkarten der drei Stufen 650 K, 840 K oder 1020 K. Gegen Ablieferung der Karte vom 18. Jänner bis einschliesslich 1. Februar wird eine Rückvergütung in der Höhe der oben erwähnten Preise geleistet.

Für Kleingärtner. Wegen Frost- und Schneewetter findet morgen Dienstag im Reservegarten XII., Eibebrunnengasse kein Verkauf von Obstbäumen und Ribisstauden statt.

Wien, Montag, den 16. Jänner 1922 - Abendausgabe

Die neuen Gas- und Strompreise. Der Gemeinderatsausschuss für städtische Unternehmungen genehmigte heute nach eingehender Beratung die Vorschläge der Direktionen betreffend die Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom für die laufende Verrechnungsperiode. Der Preis für 1 Kubikmeter Gas wurde mit 120 K, für 1 Hektowattstunde Lichtstrom mit 22 K und für 1 Hektowattstunde Kraftstrom mit 16 K festgesetzt. Gleichzeitig wurden die Bestimmungen betreffend die Vorauszahlungen für den Bezug von Gas und elektrischem Strom beschlossen. Als Vorauszahlungsbetrag wird ein Zwölftel des voraussichtlichen Jahresbedarfes der jetzt geltenden Preise für Gas und elektrischen Strom zur Grundlage genommen. Für diesen Betrag wurde eine 5%ige Verzinsung vorgesehen, die am Schlusse des Jahres ermittelt und auf einer der nächsten Monatsrechnungen gutgeschrieben wird. Die näheren Bestimmungen über diese Vorauszahlung trifft der Stadtrat. Als Verrechnungsperiode wurden für den Gaskensum vier Wochen, für die grossen Abnehmer von elektrischem Strom drei Wochen festgesetzt, die Verrechnungsperiode für die anderen Stromkonsumenten bleiben sechs Wochen.

Besichtigung von Steinhef durch den Gemeinderat.

Mit der vollzogenen Trennung Wiens von Niederösterreich ist auch ein Teil der Anstalten <sup>des Landes</sup> Niederösterreich in die Verwaltung der Stadt Wien übergegangen, darunter auch die Heil- und Pflegeanstalten „Am Steinhef“ und das Sanatorium „Baumgartner-Höhe“. Die Heil- und Pflegeanstalten am Steinhef, deren Errichtung rund 30 Millionen Kronen erforderte, wurden im Jahre 1907 eröffnet. Sie umfassen für den Normalbelag von 2044 Personen 47 Objekte, darunter 24 Krankenpavillons und die Verwaltungsgebäude. In den Heil- und Pflegeanstalten sind 829 Angestellte, darunter 20 Aerzte, 24 Verwaltungsbeamte, 420 Pflegepersonen, 54 Professionisten, 48 Küchenangestellte u.s.w. beschäftigt. Das Sanatorium „Baumgartner Höhe“ umfasst 10 Pavillons mit einem Normalbelag von 356 Betten. Das zum Sanatorium gehörige Kurhaus enthält einen geräumigen Festsaal mit anschliessenden Wandelbahnen, Räume für Hydro-, Mechano- und Elektrotherapie. In den Parkanlagen sind Einrichtungen zur Erholung der Patienten geschaffen. Im Sanatorium sind 177 Angestellte, darunter 5 Aerzte, 136 Pflegepersonen, 6 Verwaltungsbeamte, 3 Professionisten, 13 Küchenangestellte u.s.w. beschäftigt. Sonntag besichtigten Bürgermeister Reumann, die Vizebürgermeister Emmerling und Hess, Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates die Anstalten, wosie vom amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler mit dem Hinweis darauf begrüsst wurden, daß er die Gäste leider nicht in einer Anstalt für den Wiederaufbau des Volkes begrüssen könne, daß aber die Gemeinde auch für diese Anstalt die erforderlichen Mittel, die für das Jahr 1922 auf rund eine Milliarde Kronen gerechnet werden bereitstellen werde. Unter Führung des Direktors der Anstalt Professor Dr. Berze, des Direktionssekretärs Primararzt Dr. Mauczka, der Aerzte Dr. Bauer, Dr. Baier, Dr. Huber, Dr. Kattenbrunner und Dr. Schöpfer, des Verwalters Oberrechnungsrat Dr. Siegel, des Rektors Merzinger und des Leiters der technischen Abteilung Ingenieur Werner besichtigten die Gäste in Gruppen die Heilpavillons, wie auch die Wirtschaftsgebäude der Heil- und Pflegeanstalt und des Sanatoriums.

zu Fuß nur mühsam zurücklegen können. Gegen diese ist der Einheitsstarif eine Rücksichtslosigkeit. Durch diese Tarifpolitik wird die Straßenbahn wirklich zu einem Schiebervehikel. Die Mehrheit macht sich übrigens selber Lügen. Während sie behauptet, daß die Einführung eines Zonentarifes im Tarifgebiet I unmöglich sei, führt sie ihn im Tarifgebiet II ein, obgleich in diesem Gebiet dieselben Schwierigkeiten bestehen. Hier fürchtet sie eben Konkurrenz der Straßenbahn. Durch dieses obstinate Verhalten wird aber auch die Gemeinde Wien finanziell schwer geschädigt. Redner beantragt schließlich die Einführung eines Tarifes von 40 Kronen für 2 Teilstrecken und erklärt, wenn er auch überzeugt sei, daß dieser Antrag auch diesmal keine Gnade bei der Majorität finde, werde er solange stehen, bis die Mehrheit endlich durch die Stimme der Bevölkerung gezwungen werde, einen gerechten Fahrpreis auf der Straßenbahn einzuführen.

GR. Wawerka (Chr. Soz.) sagt, daß die Einführung des Staffeltarifes von größter Wichtigkeit sei, weil durch den Einheitsstarif der Gemeinde Einnahmen entgehen. Wenn gesagt wird, daß die Einführung des Zonentarifes auf Schwierigkeiten stoße, so könne man doch eine einfache Zweiteilung des Tarifes durchführen. Wenn der Bevölkerung aber Lasten auferlegt werden, so kann diese verlangen, daß auf der Straßenbahn wieder geordnete Zustände eintreten, das vor allem der Ueberfüllung der Wagen durch Vermehrung des Wagenparkes und Verminderung der Intervalle gesteuert wird. Zu kritisieren sei auch die Vergebung der Schülerlegitimationen; es gehe nicht an, daß die Legitimationen nur sehr schwer und umständlich zu erhalten seien. Redner stellt den Antrag, allen Schülern und Schülerinnen, die eine öffentliche Lehranstalt besuchen, über Ansuchen bei Nachweis des Schulbesuches Legitimationen erhalten, die sie berechtigen, bei Fahrten zwischen Schule und Wohnort, den Kinderfahrpreis zu zahlen. Auch den sogenannten Fürsorgefahrtscheinen müsse anders vorgegangen werden, Redner beantragt, die Fürsorgefahrtscheine können von Jugendwanderern auch an Sonn- und Feiertagen bei gruppenweisen Fahrten unter Führung eines Jugendwanderführers unter der Bedingung, daß die Gruppe nicht mehr als 12 Personen zählt und eine Gruppe nur einen Straßenbahnwagen benützt, verwendet werden.

GR. Untermüller (Chr. Soz.) bemängelt es, daß man auch dies unterlassen hat, den Gemeinderäten das notwendige Ziffernmaterial zu den Anträgen beizugeben, das sie in die Lage versetzen würde, die Ausführungen des Referenten einigermaßen zu überprüfen. Der Referent habe dargetan, daß infolge der hohen Begehälter der Bediensteten mit den bisherigen Fahrpreisen das Auslangen nicht gefunden werden könne. Die Bezüge der Straßenbahnbediensteten seien aber weit unter dem Durchschnitt der jetzigen Arbeitslöhne. Hier seien die hohen Materialpreise als Grund der Tarifierhöhungen angegeben worden. Redner könne aber nicht glauben, daß die Straßenbahndirektion das Material immer nur für 2 bis 3 Wochen einkaufe, sondern werde sich voraussichtlich auf längere Zeit eindecken. Redner stellt sodann den Antrag, ähnlich wie bei den Staatsbahnen, erregte Wochenkarten für Arbeiter und Angestellte einzuführen. Für manche Kategorien von Angestellten, z.B. für Advokatsangestellte, bedeutet der neue Tarif geradezu eine Katastrophe, diese müßten mehr als ein Drittel ihrer Einkünfte für die Straßenbahn verwenden. Bezüglich der Schrebergärtner verlangt der Redner Begünstigung in dem Sinne, daß diese mit Legitimationen versehen werden, jeder Tageszeit mit Frühfahrtscheinen die Straßenbahn benützen zu können und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Zum Schlusse bemerkt er, daß seine Partei nicht in der Lage sei, die Tarifpolitik der Mehrheit mitzumachen, sie werde daher die gestellten Anträge ablehnen.